

lich begleitender Betreuung, und zwar langfristiger Betreuung. Genau das werden Unternehmen weder leisten können noch leisten wollen ohne diese Unterstützung.

Nach dem SGB IX besteht ein Anspruch auf einen Werkstattplatz nur dann, wenn die Leistungsfähigkeit des behinderten Menschen nicht für den allgemeinen Arbeitsmarkt ausreicht. Es verbietet sich also jede Unterstellung an die Werkstätten, dass dort nicht vorgesehene Personen beschäftigt werden. Sollte es tatsächlich in Einzelfällen zu Fehleinweisungen gekommen sein, so ist dies Sache der zuweisenden Sozialbehörden. Wenn dies tatsächlich der Fall sein sollte, dann muss es dort um Qualitätssicherung gehen und nicht bei den Behindertenwerkstätten. Allerdings sind mir solche Fälle zumindest nicht dergestalt bekannt, dass es zu einer öffentlichen Diskussion gekommen wäre.

Aber noch eine letzte Anmerkung: Wir haben uns heute an anderer Stelle über Niedriglöhne nicht behinderter Menschen unterhalten. Ich bitte aber ausdrücklich darum, dass die in den Behindertenwerkstätten erzielten, zugestandenermaßen geringen, Löhne nicht damit verglichen werden. Alles andere wäre ja unredlich. Von entscheidender Bedeutung ist es nämlich, dass in den Behindertenwerkstätten Sozialversicherungsleistungen auf dem Niveau eines fiktiven Lohns in Höhe von 1.600 € erbracht werden. Das ist tatsächlich beachtlich und es vermeidet dann Altersarmut. Wir sollten dies bei der Einschätzung der finanziellen Leistungen für behinderte Menschen in den Werkstätten mit betrachten und nicht unterschätzen. Viele der Betroffenen werden gerade im Alter auf fremde Hilfe angewiesen sein. Dann ist nämlich eine auskömmliche Rente eine wichtige Unterstützung und Hilfe für ein möglichst selbstbestimmtes Leben.

Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass es keine Alternative zu den Behindertenwerkstätten gibt. Wir sollten uns darauf konzentrieren, die Bedingungen so zu verbessern, dass unter Zuhilfenahme der Betreuungsangebote der Werkstätten deren Nahtstelle zum Regelarbeitsmarkt verbessert wird. Da hat die SPD nämlich überhaupt keine Einwände. Darüber hinaus ist das Land aufgefordert, die beruflichen Eingliederungsbedingungen für all diejenigen Menschen mit Behinderung zu verbessern, die keinen Zugang zu den Behindertenwerkstätten haben und dennoch nahezu chancenlos sind. Die SPD-Fraktion schließt sich dem an. Wir möchten gern diesen Antrag im Ausschuss weiterbehandeln und ich danke jetzt für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Antrag zur Fortberatung ist noch nicht gestellt worden, aber ich nehme jetzt erst einmal auf, dass die SPD-Fraktion zustimmen würde, wenn jemand den Antrag auf Fortberatung des Berichts im Sozialausschuss stellt.

Für die CDU-Fraktion rufe ich den Abgeordneten Günther auf.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, eingangs danke ich dem Sozialminister für den Sofortbericht, der hier gegeben wurde. Hier wurde deutlich, was in der Vergangenheit getan wurde, um den behinderten Menschen in seiner persönlichen Einzigartigkeit wahrzunehmen und auch anzunehmen. Es wurde deutlich, dass die Werkstätten für behinderte Menschen unverzichtbar sind. Ich danke an dieser Stelle auch Ihnen, Frau Kollegin Künast, Sie haben das ja auch sehr eindrucksvoll und fachkompetent noch mal dargestellt.

Lassen Sie mich einige einleitende Worte zum Thema allgemein sagen. Behinderungen stellen heute keine Abwertung mehr dar. Das war bei Weitem nicht immer so. Nein, es ist vielmehr der gemeinsame Erfolg wiedererlangter Freiheit der letzten 16 Jahre. Die Eigenart, einfach anders zu sein, entspricht heute der selbstverständlichen Achtung vor der Würde jedes menschlichen Lebens. Und ich sage, Gott sei Dank, dass aus diesem Selbstbewusstsein Integration nicht nur für die Politik, sondern für die gesamte Gesellschaft ein Thema geworden ist, wo sicher auch noch vieles zu tun ist, aber Wegsperrern oder gar Euthanasieverbrechen, Gott sei Dank, der Vergangenheit angehören. Ich bin gemeinsam mit meinen Kollegen dankbar, dass die Landesregierung in diesem Bereich ständig nachbessert, wie unlängst durch das von Minister Zeh vorgestellte Arbeitsmarktsfortprogramm für Menschen mit Behinderungen, an dem sich der Freistaat ebenfalls beteiligt. Gleich kommen da wieder die Rufe: Viel zu wenig! Ein Tropfen auf den heißen Stein! Denen, die da rufen, sage ich, für bundesweit 1.000 besonders betroffene Schwerbehinderte einen Arbeitsplatz und für 500 schwerbehinderte Jugendliche betriebliche Ausbildungsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu schaffen, wird wahrlich nicht leicht, aber es ist realistisch, realistisch und nicht populistisch wie der Ruf „Werkstätten für behinderte Menschen müssen weg“. Auch die Auszeichnung „Behindertenfreundlicher Betrieb“, welche erstmals im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen ausgelobt wurde, ist unbedingt zu begrüßen. Wenn man dann kritisiert, dass angeblich nicht der richtige Betrieb ausgezeichnet wurde, halte ich das für einen

untauglichen Versuch, etwas Positives, nämlich nachahmenswerte und ermutigende Beispiele für die betriebliche Integration von behinderten Menschen besser bekannt zu machen, schlechtreden zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Nun geht es, meine Damen und Herren, in unserem Antrag nicht um Behinderungen oder wie in unserem Land damit umgegangen wird im Allgemeinen. Es geht darum, aufzuzeigen, was insbesondere mit Werkstätten für behinderte Menschen erreicht wird und warum wir auch diese in Zukunft noch zwingend brauchen. Die Aufgabe der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ist es, ihnen eine Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen, den Menschen, die dort tätig sind, und diejenigen behinderten Menschen ins Arbeitsleben einzugliedern, die nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können. Sie sollen den behinderten Menschen eine angemessene berufliche Bildung und Beschäftigung zu einem ihrer Arbeitsleistung angemessenen Arbeitsentgelt aus dem Arbeitsergebnis anbieten und es den Menschen ermöglichen, ihre Leistungs- und Erwerbsfähigkeit zu halten, zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und dabei natürlich auch ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Darüber hinaus sind es Einrichtungen, denen eine ebenso große Rolle bei der Rehabilitation und Sozialisation in die Gesellschaft zukommt. Das ist insbesondere bei Menschen mit schweren körperlichen und geistigen Behinderungen von Bedeutung. Weiterhin werden begleitende berufs- und persönlichkeitsfördernde Maßnahmen angeboten, an denen sich jeder aktiv beteiligen kann. Dazu gehören Sport, Förderunterricht, physiotherapeutische, psychologische und logopädische Angebote und auch Spiel. Das alles kann in einem mittelständischen Unternehmen nicht in seiner Komplexität geleistet werden. Das kann jeder ganz einfach nachvollziehen und verstehen. Aber all das wird in hervorragender Qualität in unseren Werkstätten für behinderte Menschen geleistet. Die dort Beschäftigten erhalten selbstverständlich einen Arbeitsvertrag und Leistungen wie Urlaub. Eines aber sind Werkstätten für behinderte Menschen nicht, sie sind nicht der Notnagel der Wirtschaft oder des Mittelstandes.

(Beifall bei der CDU)

Kein Unternehmen entledigt sich seiner Aufgabe gegenüber den Behinderten oder beutet sie gar aus, indem Aufträge vergeben werden, die für das Unternehmen nicht lukrativ sind. Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Es wird ständig nach Aufträgen gesucht, um die Werkstätten auch mit anspruchsvollen Aufträgen zu versehen, um das Selbstbewusstsein der Teilnehmer zu stärken, natür-

lich auch solche Aufträge, die nicht einem weiteren Gewerbebetrieb die Sorge auferlegen, dass ihm ein Auftrag weggenommen wird. Darauf wird tunlichst geachtet. Es ist mir ein Bedürfnis, dem betreuenden Fachpersonal meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Da Herr Nothnagel es so deutlich selbst nicht tat, entschuldige ich mich für die Presseverlautbarungen der letzten Wochen, die unter der Überschrift standen, man solle die Behindertenwerkstätten abschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Kollege Nothnagel, Sie haben vorhin gesagt „Fehlmeldung der Presse“ und erklärten - und ich kaufe Ihnen das ja ab -, Sie hätten nicht von „sofortiger Schließung“ gesprochen. Das ist richtig, das haben Sie auch nicht. Aber Sie haben davon gesprochen, dass wir diese Werkstätten zukünftig in diesem Maße nicht mehr brauchen - das ist falsch. Damit, meine Damen und Herren, schlägt Die Linke.PDS alle Akteure, insbesondere die Behinderten, ins Gesicht. Um diese zugegebene harte Aussage zu untersetzen, zitiere ich Teile aus einem Leserbrief und einem persönlichen Brief. Der Leserbrief, Frau Präsidentin, vom 05.02. in der OTZ von Frau Marina Müller aus Pößneck: „Wer stellt mich ein, wenn die Behindertenwerkstätten in Pößneck geschlossen werden sollten, so wie es Herr Nothnagel fordert.“ - wurde heute klargestellt - „Ich bin eine behinderte Mitarbeiterin und Vorsitzende des Werkstatrates der Behindertenwerkstatt Pößneck und fühle mich durch Herrn Nothnagel selbst angegriffen und meinen Arbeitsplatz bedroht. Die Behauptungen, die Herr Nothnagel über die Arbeitsbedingungen und das Klientel der behinderten Mitarbeiter in einer Behindertenwerkstatt aufstellt, entsprechen nicht der Realität. Ich arbeite gern in dieser Werkstatt und meine Arbeit ist durch einen gültigen Arbeitsvertrag und gesetzlichen Urlaubsanspruch geregelt. Durch Einschränkungen, ob körperlich, geistig, seelisch, sind die beschäftigten Mitarbeiter in der Werkstatt für behinderte Menschen nicht in der Lage, auf dem freien Arbeitsmarkt zu arbeiten.“ Ein kurzer Exkurs noch in einen Brief von Frau Marianne Vogt aus Mühlhausen, die abschließend ausdrücklich darauf hinweist, dass dieser Brief öffentlich verwendet werden darf. Sie schreibt Ihnen, Kollege Nothnagel: „Mit großem Befremden las ich in der Zeitung, dass Sie für eine Abschaffung der Werkstätten plädieren. Ich bin eine sogenannte betroffene Mutter und möchte Ihnen aus meiner Sicht antworten bzw. einige Aspekte zur Notwendigkeit dieser Einrichtungen aufzeigen. Mein geistig behinderter Sohn ist 32 Jahre alt, galt zu DDR-Zeiten als schulbildungsunfähig (welch Glück, dass er nicht als bildungsunfähig eingestuft wurde, denn dann hätte es für uns beide bedeutet entweder Psychiatrie, zu Hause oder kirchliche Einrichtung) und er besucht eine Sondertagesstätte.“ Sie führt weiter aus:

„Zum Glück für uns kam die Wiedervereinigung und damit völlig andere Lebensplanungen für Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen. Mit 15 Jahren konnte mein Sohn eingeschult werden, um nach dem Besuch einer Förderschule für geistig behinderte Menschen dann einen Platz in der Mühlhäuser Werkstatt für behinderte Menschen zu erhalten. Seit nunmehr sechs Jahren ist er ein zufriedener und ausgelasteter Mensch.“ Ich bitte Sie, Herr Nothnagel, antworten Sie der Frau schnell.

(Zwischenruf Abg. Nothnagel, Die Linkspartei.PDS: Das ist bereits geschehen.)

Vielen Dank. Also, Kollege Nothnagel, noch mal: Ich denke, Sie sollten nachher noch mal ans Pult treten und sich vor den Trägern, Betreuern und allen Unternehmen, die sich für Menschen mit Behinderung meist über das Normale hinaus einbringen, verbeugen und schlicht und einfach sagen: Entschuldigung.

(Beifall bei der CDU)

Es wäre nicht das erste Mal, dass sich Ihre Partei mit einer laxen Äußerung oder populistischen Forderung verirrt.

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Die war nicht lax.)

Es gebietet aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Demokratieverständnis und der faire Umgang mit politisch Andersdenkenden, dass ich versuche zu erkennen, hat er wirklich alles so gemeint, wie es in der Presse herüberkam. Also ich denke, Kollege Nothnagel, Sie stellten darauf ab, dass letztendlich nicht jeder, der heute in einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt ist, auch zwingend dahin gehört.

(Zwischenruf Abg. Nothnagel, Die Linkspartei.PDS: Das ist wohl wahr.)

Und da gebe ich Ihnen recht. Insbesondere bei psychisch Kranken müssen wir zukünftig neue Wege gehen. Ich meine nicht die, die dauerhaft in diesen Werkstätten bleiben müssen und für die es keinen anderen Weg gibt. Den Mut, neue Wege zu gehen, müssen wir einfach haben. Auch sollten wir uns dem Thema eines persönlichen Budgets nicht grundsätzlich verschließen. Die Arbeitswelt verfügt über vielfältige Integrationspotenziale, die für die berufliche Rehabilitation nutzbar sind. Wir müssen sie nur erkennen. Das Arbeiten in normalen Betrieben vermittelt noch deutlicher als eine Werkstatt für behinderte Menschen einen Zugang zur beruflichen Realität, vor allem aber die Zugehörigkeit zur Gesellschaft und die Teilnahme an der gesellschaftlichen Normalität. Wir brauchen dringend Projekte für erwerbs-

fähige psychisch beeinträchtigte Menschen, die drei bis sechs Stunden am Tag erwerbsfähig sind, aber aufgrund ihrer Einschränkungen schwer vermittelbar sind. Ich sage das in aller Deutlichkeit: Vor diesen Situationen ist niemand geschützt - auch wir nicht. Ich denke, wenn man zeitweise stark psychisch beeinträchtigt ist, sollten genau diese Menschen, von denen ich jetzt rede, nicht dahin gehend stigmatisiert werden und in einer Werkstatt ihre Brötchen verdienen müssen. Denn diese Menschen gehören nicht zwangsläufig in Werkstätten für behinderte Menschen. Und genau für diesen Personenkreis haben wir im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt ein Modellprojekt entwickelt vor ca. zwei Jahren: „Netzwerk zur Teilhabe am Arbeitsleben“. Ziel des Projekts ist es - also wir kämpfen noch um die Genehmigung, das muss man dazu auch mal sagen -, die Erwerbsfähigkeit psychisch Beeinträchtigter zu verbessern oder wiederherzustellen, um somit die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Nach einem Feststellungsverfahren und Eignungsverfahren, einem berufsvorbereitenden Arbeitstraining beginnt die Arbeit in einem dezentralen Arbeitsbereich entsprechend dem Ergebnis des Feststellungsverfahrens. Das heißt, es wird für jeden Teilnehmer seine individuelle Maßnahme zurechtgeschnitten und auf seine Bedürfnisse reagiert. Die Einarbeitung und intensive Betreuung der Teilnehmer am Arbeitsplatz, also im Unternehmen, wird durch qualifiziertes Personal - sogenannte Jobcoaches - natürlich vor Ort mehrfach wöchentlich übernommen, im Bedarfsfall, zum Beispiel bei Kriseninterventionen, logischerweise auch öfter. Neben den Coaches gibt es geschulte Paten im Betrieb - ich habe vorhin von der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gesprochen -, hier sind es festangestellte Mitarbeiter der Firma, die diesen Menschen zur Seite stehen und damit ihre eigene Produktivität natürlich ein Stück weit zurücknehmen. Auch das ist Verantwortung von Unternehmertum, wenn so etwas gefördert wird.

Ich möchte jetzt nicht den gesamten Projektinhalt referieren, sondern vielmehr meine Kolleginnen und Kollegen des Sozialausschusses einladen, sich vor Ort kundig zu machen. Übrigens hat unser Arbeitskreis Soziales, Familie und Gesundheit in dieser Legislatur zahlreiche Werkstätten für behinderte Menschen besucht und sich unmittelbar vor Ort von der Arbeit überzeugt. Ich denke, diese gute Tradition sollten wir nicht brechen und damit auch eine persönliche Wertung den Akteuren vor Ort offerieren. Kurzum, so einfach, wie sich das immer anhört, Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt, ist es nicht getan. Es bedarf kluger Modelle und der Hilfe vieler Partner, vor allem aber Akzeptanz, um vollständige Integration Behinderter dauerhaft am Arbeitsmarkt zu verordnen. Ich denke, wir sollten den Bericht im Ausschuss fortberaten und das von mir angesprochene Modell auch dort ansehen, um dann gemein-

sam die von den Kostenträgern noch ausstehende Finanzierungsgrundlage einzufordern. Das Thüringer Sozialministerium hat Zustimmung und Unterstützung signalisiert, aber das reicht nicht aus. Die Kassen sind da wesentlich zurückhaltender, wenngleich - und das muss man auch sagen - deutlich geringere Kostensätze zu erwarten sind als in den Werkstätten.

Ich beantrage namens der CDU-Fraktion Fortbera- tung des Berichts der Landesregierung im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit. Es wäre mir ganz lieb gewesen, das auch im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit zu tun. Das lässt aber unsere Geschäftsordnung leider nicht zu. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich habe jetzt keine weiteren Redeanmeldungen. Doch, Frau Abgeordnete Diezel.

Abgeordnete Diezel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich in meiner Eigenschaft als Abgeordnete zu Wort gemeldet. Wie viele wissen, bin ich ehrenamtlich im Landesverband der Lebenshilfe tätig und Vorsitzende der Lebenshilfe Thüringen.

Herr Kollege Nothnagel, die von Ihnen ausgelöste Diskussion aus einer dpa-Meldung heraus und dann die Presseartikel, die folgten, haben niemanden in der Lebenshilfe kaltgelassen. Es gab im Landesverband, aber auch in seinen Mitgliedsverbänden auf Kreisebene eine sehr besorgte Diskussion. Bei mir selbst häufen sich die Briefe bzw. haben sich die Briefe vor allen Dingen besorgter Eltern - wir sind eine Elternorganisation - auf dem Schreibtisch gehäuft. Was am meisten betroffen gemacht hat, war: Werden denn die Werkstätten nicht mehr gebraucht? Denn Sie sprachen von einer schrittweisen Reduzierung der Werkstätten. Wird unsere Arbeit nicht anerkannt? Haben wir noch einen Arbeitsplatz in Zukunft? So hat es mein Abgeordneterkollege Günther hier aus einem Auszug auch dargestellt. Das waren vor allen Dingen die Behindertenräte in den Werkstätten, die - und hier werden Sie auch in der dpa-Meldung wörtlich zitiert - es auch für sehr deprimierend hielten, dass gesagt wird, wir erhalten keinen Urlaub, wir sind nicht gleichberechtigte Mitarbeiter in der Werkstatt. Das hat sehr viele sehr hart getroffen. Ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie das auslösen wollten. Ich glaube, auch in Ihrem Brief an die Lebenshilfe war diese Nostalgie in Richtung DDR nicht ganz angebracht, denn viele betroffene

Eltern wissen, wie der Zustand der Betreuung, der Unterstützung gerade für geistig Behinderte, schwerst mehrfach geistig Behinderte war, und die dankbar sind, dass der Staat und die Kassen so viel Geld in die Hand genommen haben, die Gesellschaft insgesamt, nach der politischen Wende, um hier Abhilfe zu schaffen, um Teilhabe am Leben und vor allen Dingen Förderung zu schaffen. Die Lebenshilfe mit ihren 11 Lebenshilfeorganisationen hier in Thüringen hat 20 Werkstätten. In allen Thüringer Werkstätten sind über 8.570 Beschäftigte und ich unterscheide nicht zwischen Beschäftigten mit Handicap und Beschäftigten ohne Handicap. Sie sind gemeinsam dort beschäftigt, die einen fördern und fordern und die anderen arbeiten gemeinsam an nützlichen Projekten, die dann auch verkauft werden. Ich glaube, das ist den Mitarbeitern auch mit Handicap und Behinderung sehr, sehr wichtig, dass sie dienlich sind, dass sie nützlich sind, sich einbringen können mit ihrer Arbeit in die Gesellschaft und dass sie genauso wie alle anderen ein monatliches Entgelt bekommen - Frau Kollegin Künast hat ja auf die Spezifik des Entgelts hingewiesen -, dass sie Urlaub, Mutterschutz haben, und wir freuen uns, wenn eine junge Kollegin dort in Mutterschutz geht, die ganze Werkstatt, wie sich die anderen Mitarbeiter freuen, wenn jemand einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden hat. Herr Kollege Nothnagel, man bekommt nicht so einfach einen Platz in der Werkstatt, das wird sorgfältig geprüft, die Behinderung beurteilt. Es gibt eine Aufnahmepflicht der Werkstatt, die kann nicht nach Belieben auswählen, das wissen Sie ganz genau. Es ist aber in der öffentlichen Diskussion der Eindruck entstanden, dass man beliebig aufnehmen könnte, die Leistungsstarken in den Vordergrund, damit man „just in time“ - haben Sie auch genannt - die Arbeit in der Werkstatt organisieren kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin dem Minister Zeh sehr dankbar, dass er hier einmal deutlich gemacht hat, wie die Landesregierung zur Arbeit in den Werkstätten im Freistaat Thüringen steht. Frau Kollegin Künast, dieser Seitenwurf auf die Kosten war natürlich - das habe ich schon verstanden - eine Replik in meine Richtung, aber da gestatte ich mir den Hinweis, Dagmar, dass man da auch mal in den Rechnungshofbericht des letzten Jahres schauen soll. Der kritisiert nämlich die Höhe und das wissen die Anwesenden im Haushalts- und Finanzausschuss nach zehn Jahren, und nicht die Höhe nach oben, sondern eher die Höhe nach unten.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Ich sage ihr das.)

Sie sagen es ihr, Dr. Pidde. Ich möchte auch informieren darüber: Die Lebenshilfe diskutiert sehr wohl, auch ihre Lebenshilfekammer, aber auch in